

Wilfried Klein

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Haushalt der Enttäuschungen

**Schwarz-Grüne Rasenmäherpolitik lässt jede Vision
für Bonn vermissen**

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2010

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bonnerinnen und Bonner,

und wieder einmal tritt eine Ratsmehrheit an, den Haushalt zu retten,
und wieder einmal erklingen die Schwüre zur Sparsamkeit und die Appelle
zum Engerschnallen des Gürtels,
und wieder einmal wird die Ratsmehrheit mit diesem Vorsatz – mit diesem
Ansatz - scheitern.

Diese Ratsmehrheit muss damit scheitern, weil sie die ganzen
Haushaltsberatungen von vornherein falsch angepackt hat, weil sie von
vornherein vom Irrglauben besessen war, es „diesmal“ aber ganz
bestimmt zu schaffen, weil sie glaubte, es besser und vor allem – alleine –
machen zu können.

Wir haben es mit einer Ratsmehrheit zu tun, die nicht nur den Rat und die
Mitarbeit der Verwaltung geschmäht hat; sie hat auch alle anderen
Fraktionen zurückgewiesen und sogar noch die breite Öffentlichkeit.
Mehrfach, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat diese
Ratsmehrheit die ausgestreckte Hand zur Zusammenarbeit in dieser
wahrlich nicht einfachen Lage ausgeschlagen. Und mehrfach hat diese
Ratsmehrheit die Chance und Notwendigkeit zur Beteiligung der
Bürgerinnen und Bürger am Prozess der Haushaltsgestaltung ignoriert. Sie
waren zu sehr von der Wahnvorstellung getrieben, „es“ zu können und es
vor allem alleine zu können. Das Ergebnis können wir heute besichtigen
und vor allem beklagen. Rasenmäherpolitik statt Visionen für Bonn.
Kläglich. Und enttäuschend.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass meine Fraktion auch über den
Haushaltsentwurf des Kämmerers – und auch des OBs – mehr als
enttäuscht war. Was ist das für ein Haushalt, der den Ausbau der

Kinderbetreuung stoppen will? Was sollen wir von einem Haushalt halten, der den Bonn-Ausweis streicht, die Stadtwerke in ihrer Existenz bedroht, die Wohnungsbaugesellschaft ihrer Substanz berauben will? Das ist kein Haushalt, der die Zustimmung der Sozialdemokraten finden kann. Aber wir haben auch das Signal vernommen, diesen Entwurf, der in der Tat ja ein zentrales und von den meisten hier ja auch geteiltes Ziel verfolgt, nämlich den Nothaushalt zu vermeiden, breit in der Bürgerschaft zu debattieren und damit die Grundlagen für die schweren Haushaltsberatungen 2011/2012 zu legen. Und dieses Signal der breiten Bürgerbeteiligung haben w i r ernst genommen. Wir waren davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für unsere Ziele, die nicht im Haushalt enthalten waren, streiten können und Alternativen werden aufzeigen können.

Wir wollten werben für:

- Den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung U-3
- Das kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder
- Die Bezuschussung von Lernmitteln für bedürftige Kinder
- Die weitere Bezuschussung der Stadtwerke als zentrale Instrumente der kommunalen Daseinsvorsorge
- Die Stärkung der Vebowag als wichtiges Instrument sozial verträglicher Wohnungspolitik
- Die Förderung der freien Kultur
- Die Stärkung der Bezirksvertretungen bzw. ihrer Budgets als Ausdruck bürgernaher Verwaltung und zur Motivation bürgerschaftlichen Engagements
- Der Ausweitung der Mittel zur Schulwegsicherung und des Radwegebaus
- Die Sanierung und der Ausbau der Theodor-Litt-Schule und der Berufskollegs

Das waren unsere zentralen Ziele für die Haushaltsberatungen 2010, zusätzlich natürlich zur vollumfänglichen Sicherung des Bonn-Ausweises. Darüber hofften wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen breiten Dialog treten zu können, hofften, in einer breiten, einer Vollbefragung die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger zu erfahren und mit ihnen zu Verständigungen über die nächsten Vorhaben zu kommen.

Aber diesen Ansatz haben Sie, meine teilverehrten Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Grün, schon mal gleich prophylaktisch eliminiert. Zu groß war offenbar Ihre Sorge, dass dieser beteiligungsorientierte Ansatz nicht mit ihrer Identitätsfindungs- und Selbstfindungsphase als schwarz-grünes Bündnis zusammenpassen würde. Aus Ihrer Sicht konsequent, aus unserer Sicht aber enttäuschend.

Eine weitere Enttäuschung hat sich direkt dran angeschlossen. Entsprechend Ihren zahlreichen Eckpunkte-Papieren, die es ja auch schon in der Vergangenheit zuhauf gegeben hat und von denen es seit gestern Morgen schon wieder ein weiteres Papier von Ihnen gibt, hätten wir ja erwarten können, dass Sie im März und April mal mit den Haushaltsberatungen beginnen. Doch auch diese Erwartung wurde schnell enttäuscht. Bis zur Landtagswahl gar nicht - sie bewährten sich als Vertagungsmehrheit und jeder durfte allen alles versprechen - und dann nur zögerlich und dann im Juni eine „15-Mio-Liste“, die sich als Luftliste entpuppte; ich gehe da gleich noch drauf ein. Meine Damen und Herren, das war zögerlich, ja verzögerlich, das war schwach. Mit dieser sehr späten Verabschiedung des Haushaltes haben Sie im Übrigen zahlreiche Träger in eine extrem belastende Phase der Unsicherheit gezwungen, haben faktische Kürzungen durch die vorläufige Haushaltsführung zu verantworten und haben insgesamt Bonn damit an den Rande der Handlungsunfähigkeit gedrängt. Eine Ratsmehrheit, die über jede noch so kleine Verwaltungsvorlage abschließend vorab beraten will, muss hier mehr bringen und vor allem schneller bringen.

So oblag es der SPD-Fraktion im Finanzausschuss am 20. April, ein umfangreiches Paket vorzulegen, um die kommunalen Finanzen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu optimieren und den Haushalt nachhaltig zu entlasten, unter Nutzung und Stärkung der kommunalen Familie. Wir wollten kommunale Aufgaben innerhalb der kommunalen Familie anders – und kostengünstiger – erledigen, wir wollten Kostenfresser abwracken und die Zurverfügungstellung der kommunalen Infrastruktur kosten- und leistungsgerechter gestalten. Ja, und wir wollten auch neue Einnahmepositionen eröffnen, um die kommunale Infrastruktur besser finanzieren zu können.

Ich nenne die Punkte noch einmal im Einzelnen:

- Städtische Leistungen werden auf kommunale Unternehmen übertragen (Entwässerung, Bäder, Parkraumbewirtschaftung, Ankauf von Grundstücken aus Entwicklungsmaßnahme Regierungsviertel)
- Aufgabe der städtischen Kostenfresser wie das Stadthaus
- Ergänzung der Vergnügungssteuer um die Sexsteuer, auch um damit die laufenden Kosten für das Verrichtungsgelände zu decken
- Erhöhung der Parkgebühren für das oberirdische Parken
- Einführung der Kulturförderabgabe, um Einnahmeverluste aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu kompensieren
- Bessere Verträge für die kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum

Einige dieser Vorschläge haben Sie ja mitgetragen – mehr Aufgaben auf die SWB, Überprüfung der Parkgebühren, Sexsteuer; bei anderen verharren Sie aber in der irrigen Annahme, dass Haushaltssanierung vor allem ein Ausgaben- und weniger ein Einnahmenproblem sei. Wenn wir

die Bettensteuer fordern, ist das nichts anderes als kommunale Notwehr gegen Fehler der Bundes- und Landespolitik.

Selbst der Kämmerer weist in seiner Haushaltsrede darauf hin, dass mindestens 50 % der kommunalen Finanzprobleme auf Fehlentscheidungen der Bundes- und Landesebene zurückzuführen sind. Auch die Böckler-Stiftung weist in einer kürzlich veröffentlichten Studie darauf hin, dass die Steuersenkung der letzten 12 Jahre – auch unter der Regierung Schröder – die Vergrößerung des Staatsdefizites verursacht hat. Wenn es noch die Steuergesetze von 1998 gäbe, könnten Bund, Länder und Gemeinden über 51 Mrd € zusätzlich an Steuereinnahmen verfügen. Die Kommunen hätten in 2010 alleine 8,1 Mrd € mehr gehabt. Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat Bonn – nach Aussage unseres Kämmerers, CDU – 4 Mio € an Einnahmeausfällen beschert. Geld, mit dem wir alleine schon den Bonn-Ausweis und kostenloses Mittagessen für alle bedürftigen Kinder finanzieren könnten. Das ist die Realität, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Darauf müssen wir Antworten geben – auch mit Steuererhöhungen an den Stellen, wo durch Steuergeschenke des Bundes kommunale Einnahmeausfälle entstanden sind.

Sie wollen diesen Weg nicht mitgehen, bleiben verfangen in der neoliberalen Irrlehre, dass nur Ausgabenkürzungen zum Wohle des Gemeinwesens beitragen.

Zugegeben – Sie haben sich bei der Zweitwohnungssteuer, der Sexsteuer, der Grund- und Gewerbesteuer insofern bewegt. Aber an der Grundhaltung – nämlich dass wir uns gegen die einseitigen Entscheidungen des Bundes und Landes gezielt wehren müssen, auch durch das Drehen an der Steuerschraube, hat das nichts geändert – wie man auch an Ihrem Umgang mit der Ratsresolution zum kommunalen Rettungsschirm sehen kann.

Jetzt weiß ich auch, dass Ratsresolutionen nicht geeignet sind, die Grundfesten der Welt aus den Angeln zu heben; aber ihre vorgeschobene Argumentation, eine Ratsresolution – von uns für den Rat im April, bewusst vor der Landtagswahl, um das Thema zu stärken, eingebracht – zur Forderung nach einem kommunalen Rettungsschirm in den Finanzausschuss zu verweisen und dann dort ohne große Debatte zu verabschieden, hat uns gezeigt, dass Sie den Ernst – und den Zusammenhang – der Lage nicht wirklich verstanden haben.

Um es noch einmal an einem aktuellen Beispiel zu verdeutlichen – die Bundesregierung plant eine massive Kürzung beim Wohngeld um 40 %. Das Wohngeld kostet uns zurzeit nichts, weil es komplett vom Land erstattet wird. Aber was passiert mit den Empfängern, die ja nun mal nicht zu den Großverdienern im Lande zählen, wenn das Wohngeld wegfällt? Wer wird dann auf andere Formen der Unterstützung angewiesen sein und dann – natürlich – bei der Kommune anklopfen?

Und ich sage Ihnen – auch aus diesem Grunde ist es wichtig, dass die Kommunalpolitik zusammenarbeitet und sich gemeinsam gegen diese Benachteiligung der Kommunen wehrt. Aber Sie haben ja – siehe oben – eine Zusammenarbeit abgelehnt.

Kommen wir nun zu Ihren Vorschlägen und zu dem so veränderten Haushalt.

Lassen Sie mich zunächst feststellen:

- Mit diesem Haushalt wird der Bonn-Ausweis mit den Stimmen von Schwarz-Grün massiv beschnitten. Das immer wieder genannte alternative Sozialticket steht als Ersatz nicht zur Verfügung. Darüber hinaus hat Ihr „3 % auf alles“-Beschluss den Bonn-Ausweis schon in 2010 um über 100.000 € beschnitten.

- Der Stadtwerke-Zuschuss wird in 2010 halbiert, ab 2011 ganz gestrichen. Arbeitsverdichtung, Leistungsabbau und Reduzierung der Servicequalität sind die Folge. Dass die Stadtwerke dennoch bei einem fetten Minus bleiben und jetzt Substanzverzehr betreiben, zeigt der Wirtschaftsplan, den Sie hier beschließen wollen.
- Die Umsetzung eines Wohnraumversorgungskonzepts, das uns bei den Kosten der Unterkunft zu nachhaltigen Entlastungen verhelfen würde, kann nicht umgesetzt werden, weil Sie diese Position um über 200.000 € beschneiden.
- Weitere dramatische Folgen Ihrer zusätzlichen Kürzungen zählt die Verwaltung in ihrer ergänzenden Stellungnahme zum heutigen Haushalt auf. Besonders absurd sind die Folgen für den Brand- und Katastrophenschutz, bei der Übermittagsbetreuung bzw. dem Bereitstellen von Essen, der Schülerbeförderung und dem Lernmittelzuschuss. Auch der Tabubruch, dass Sie bei den pflichtigen Aufgaben sparen, sei erwähnt. Sie beantworten das wohl generell mit der Aussage – „das muss ja wohl möglich sein“, dass das Geld im Budget aufgefangen werden kann. Ja, dass müsste wohl möglich sein – aber wenn nicht? Was soll das? Die Ansätze sind von der Verwaltung zum Teil schon so ausgekehrt, dass da nichts mehr zu holen ist. Aber Sie wissen es ja besser.

Um es gleich vorab zu sagen – natürlich setzen Sie darauf, dass der Kämmerer durch die vorläufige Haushaltsführung soviel Geld einspart, dass da am Ende etwas übrig bleibt. Das wird wohl der Fall sein. Aber Sie wissen so gut wie wir, dass viele dieser „Reste“ nötig sind, um Verschlechterungen an anderer Stelle – aktuell € 0,5 Mio für die Erhöhung der Landschaftsumlage – aufzufangen. Und noch einmal – Sie grätschen hier völlig ohne Not – und planlos ohnehin - in einen Haushalt (2010) rein,

der noch relativ gut austariert war und der der weiteren Kürzungsorgien durch Sie nicht bedurft hätte.

Und eine Sache stößt uns natürlich auch besonders stark auf. Bei Ihren Sparoperationen haben Sie ja wohl in besonderer Weise das Planungsdezernat entdeckt. Viele Projekte werden – so die Stellungnahme der Verwaltung – aufgrund Ihrer zusätzlichen Kürzungen unmöglich gemacht bzw. zurückgestellt. Sie wollen darüber hinaus Personal kürzen. Sie kritisieren, dass dort unsinnige Tätigkeiten verrichtet werden. Da ist man fast geneigt zu fragen – was hat Ihnen das Planungsdezernat eigentlich getan? Über diese Frage kann ich nur spekulieren – aber eines ist für uns klar: Durch die Beschneidung der Planungskompetenz einer Stadt ist diese noch nie nach vorne gebracht worden. Nehmen Sie der Stadtverwaltung die Planungskompetenz, nehmen Sie ihr ihre Zukunft. Sie machen Bonn zur Provinz. Das mag Ihre Vision für Bonn sein; unsere ist es nicht.

Sie kürzen dabei ja nicht nur Projekte weg wie

- Masterplan Innere Stadt (€ 60.000,00)
- Durchführung einer städtebaulichen Planungswerkstatt für das Gebiet „Am Vogelsang“ (€ 32.000,00)
- Erstellung eines Kompensationsflächenkonzeptes (€ 10.000,00)
- Überarbeitung von Vorentwürfen z. B. für die Straßen Burgweiher und Koblenzer Straße (€ 10.000,00)
- Einzelhandelsuntersuchungen Nachbargemeinden (€ 5.000,00)
- Zurückstellung der Beauftragung von Fachgutachten für Bebauungspläne z. B. Gutachtenerstellung für Niederholtorf-Süd (€ 70.000,00)

sie bedrohen mit Ihrer Personalkürzung im Planungsbereich auch noch die Arbeit der Fahrradbeauftragten – ist das das Programm von Schwarz-Grün? Fahrradhauptstadt, aber die Fahrradbeauftragte beschneiden?

Und das Personal überhaupt – dazu hat ja Herr Fenninger im Hauptausschuss viel gesagt. Sie sind eh der Auffassung, dass in der

Verwaltung zu viele Leute sitzen und dass diese Leute auch noch nichts Gescheites tun. Auch gestern im Planungsausschuss haben Sie diese These ja wieder zum Besten gegeben. Das ist wahrhaft Motivation.

Eine Sache ist mir an dieser Stelle aber auch wichtig zu erwähnen: Von Teilen der Stadtverwaltung hätten wir mehr und klarere Worte gegen diese Ihre Kürzungsvorgaben erwartet. Auch das war enttäuschend, dass der Kämmerer weder im Finanzausschuss noch im Hauptausschuss gegen die Unsinnigkeit der Vorschläge das Wort ergriffen und seinen eigenen Vorschlag verteidigt hat. Wir hätten das erwartet und auch die Mitarbeiter in der Verwaltung hatten ein Recht darauf. Herr Prof. Sander – das war enttäuschend. Sie sind dem Rat gegenüber verpflichtet, nicht gegenüber einem Teil des Rates, mag er nach Köpfen auch zurzeit eine wie auch immer geartete Verweigerungsmehrheit bilden. Bedenken Sie bitte, wer Sie bei Ihrer Wiederwahl unterstützt hat und wer nicht.

Diese Enttäuschung kommt auch aus dem Umgang mit der 15er-Luftliste. Hier geht Schwarz-Grün hin und blendet die Öffentlichkeit mit einem Vorschlag, der schon bei der Vorlage wissentlich Makulatur war und holt sich dafür auch noch Fleißkärtchen ab. Im Kleingedruckten – so klein, dass es medial übersehen wurde - hatten Sie sich – dumm sind Sie ja nicht – abgesichert und vermerkt, dass sich Ihre Änderungen auf den Entwurf vom 18.2. beziehen. Alle wussten zu dem Zeitpunkt aber bereits, dass die 7 Mio € Zinersparnis, die Sie entdeckt zu haben vorgaben, längst verfrühstückt waren und dass die 1,4 Mio € erhöhte Leistungsentgelte nicht umsetzbar sind. Das haben Sie dann ja auch kleinlaut im Finanzausschuss zurückgenommen. Von der 15er-Luftliste bleibt also nicht viel übrig. Aber statt dass der Kämmerer hingeht, und die Luftliste als das bezeichnet, was sie ist – nämlich eine Luftnummer – wird sie dankend entgegen genommen. Das erschüttert die Glaubwürdigkeit jedweder Auskunft über fehlende Gelder und ist daher äußerst enttäuschend.

Sie werden zu Recht fragen, warum uns das so empört? Weil wir uns aufgrund dieser Abläufe und Schwerpunktsetzungen bei einem Haushalt, der eigentlich noch relativ einfach ist – das ist nämlich der 2010er Haushalt ja unbestritten – die größten Sorgen machen, wie Sie den folgenden Haushalt in dieser Form, mit diesem Ansatz und mit diesem Hang zum rechthaberischen Alleingang gestalten wollen. Da kann einem nur angst und bange werden. Wie ernst es Ihnen mit der wirklichen Sparbereitschaft ist, zeigt ja im Übrigen der Umgang mit dem Haus der Bildung – ohne Kenntnis über die genauen Fördersummen winken Sie das Projekt durch: Kostet es der Stadt unterm Strich 20 Mio €, 15 oder 10 Mio €? Egal und durch.

Sorgen wegen dieser Ihrer Politik machen wir uns auch, weil wir ja noch andere Rahmenbedingungen, die an Absurdität schon kaum zu überbieten sind, haben. Über den Bund und das Land habe ich bereits gesprochen. Ständig werden Belastungen auf die Kommunen verlagert, werden Einnahmemöglichkeiten beschnitten. Der Städtetag hat dies erst jüngst wieder beklagt.

Es war ein Fehler, dass die Lohnsummensteuer in den 80er Jahren gestrichen worden ist.

Es ist richtig, dass wir eine große Finanzreform brauchen, die der Zentralität mehr Rechnung trägt.

Aber glauben wir an das Gelingen dieser Reformen?

„Es kann heute kaum noch Zweifel darüber geben, dass die akute Finanznot der Gemeinden in der Bundesrepublik nur durch eine große Finanzreform beseitigt werden kann.“ Ja, das ist richtig. Aber diese Aussage ist von einem meiner Vorgänger, von Rolf Ackermann, der das

am 4. Februar 1965 (!) gesagt hat. Die Forderung ist alt – alleine, es fehlt mir der Glaube, dass sich wirklich was ändert.

Dies darf aber auch nicht zu Fatalismus führen und zum Versuch, den Sie unternehmen, durch Kaputtsparen die kommunale Infrastruktur zu zerschlagen. Denn die Drohung „Nothaushalt“ ist ja kein Naturgesetz. Wir müssen die Mechanismen und Gesetze in Frage stellen, die dazu führen. Was ist das für eine Absurdität, dass wir zur Stabilisierung der Konjunktur in 2009 und 2010 46 Mio € zur Investitionstätigkeit erhalten – u.a. kontrolliert und gefördert durch den RP - und dass uns dann dieser gleiche RP zu einem Mehrfachen an Einsparungen zwingt. Hier ausgeben, investieren – und dort einsparen: Was ist das denn für eine Logik?

Und natürlich müssen wir weiter streiten für

- Einen kommunalen Rettungsschirm, der Kommunen entlastet und Investitionsimpulse gibt
- Eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer
- Für eine echte Einhaltung des Konnexitätsprinzips

Wir müssen aber auch bei uns, in und zwischen den Kommunen weiter arbeiten an einer Modernisierung der Organisationseinheiten, um attraktive kommunale Dienstleistungen zu sichern. Ich nenne hier zum Beispiel die Vision einer Städteregion Bonn/Rhein-Sieg, die sich – orientiert an der Städteregion Hannover oder Aachen zu einer gemeinsamen Aufgabenerledigung verständigt, in der Doppelerledigungen abgebaut und Abläufe optimiert werden müssen. Der Ausbau der Zweckverbandsidee kann hier den Einstieg in eine neue Qualität einleiten. Ich nenne auch eine Überprüfung unserer Bonner Einrichtungen – und da ist das Infragestellen des Kostenfressers und Energieschleuder Stadthaus nur ein Beispiel. Ich nenne aber auch die nach wie vor richtige Kooperation von kommunalen Stadtwerken in der Region, die gemeinsam

besser und stärker werden. Hier erhoffen wir uns von der neuen Landesregierung und einer Reform des § 107 GO neue und wichtige Impulse zur Stärkung unserer Stadtwerke – trotz Ihrer Kürzungen.

Wir brauchen diese Perspektiven und keinen schwarz-grünen Rasenmäher. Wir brauchen Visionen von einem regionalisierten, starken, den Strukturwandel vorantreibenden Bonn. Und wir müssen das gemeinsam entwickeln. Und das hat dann auch seine Auswirkungen auf den Haushalt. Daher haben wir Ihnen mehrfach ein breites Bündnis zur Haushaltssanierung angeboten. Sie haben das abgelehnt. Daher müssen Sie diesen Irrweg der Kürzungen und Zerschlagung kommunaler Leistungen alleine gehen.

Wir lehnen diesen Haushalt ab.